



Rudolf
Ramsauer,
Direktor

Es war ein schwarzer Herbst: Terror, Unglücksfälle, wirtschaftliche Krisensituationen. Aber es gibt auch Lichtblicke:

Die soeben lancierte WTO-Runde wird den Handel weiter liberalisieren und das Wachstum ankurbeln. Die eindrückliche Annahme der Schuldenbremse garantiert einen dauerhaft ausgeglichenen Bundeshaushalt. Die wuchtige

Dank zum Jahresende

Ablehnung der Kapitalgewinn- und einer zusätzlichen Energiesteuer hat gezeigt, dass das Volk keine neuen Steuern will; und sie gibt ein starkes Mandat zur Senkung der massiv zugenommenen Fiskallast. Beide strategischen Ziele wird economie suisse auch im 2002 mit Vehemenz weiterverfolgen. Dies liegt ganz in der Kontinuität des langjährigen Wirkens von Dr. Andres F. Leuenberger an der Spitze von Vorort und economie suisse, für welches wir ihm zu Anerkennung und Dank verpflichtet sind. Der Dezember-Newsletter ist auch Gelegenheit, unseren Mitgliedern für ihre Unterstützung herzlich zu danken, denn jede Organisation kann nur so stark sein wie das Engagement ihrer Mitglieder.

@ rudolf.ramsauer@economie-suisse.ch

Meilensteine: Zum Rücktritt von Andres F. Leuenberger

Andres F. Leuenberger ist einer jener Wirtschaftsführer, die sich – neben ihrer hauptsächlichen Verantwortung in der Unternehmensführung – während vieler Jahre auch für die Wirtschaftsorganisationen und für das politische Umfeld engagiert eingesetzt haben. Als Vertreter der chemisch-pharmazeutischen Industrie stiess er im Jahre 1990 zum Vorort, zu dessen Präsidenten er 1993 gewählt wurde. Der wf gehörte er schon seit 1984 als Delegierter, seit 1987 als Mitglied des Vorstands an. Die Spitzenverbände erlebten in dieser langen Zeit oft schwierige, ja turbulente Phasen.

Einige wichtige Meilensteine während der achtjährigen Präsidialzeit Andres F. Leuenbergers:

■ In der Finanz- und Steuerpolitik folgt auf die Ausgabenbremse und das Haushaltsziel 2001 nun als Garantie einer nachhaltigen Finanzpolitik die Einführung einer Schuldenbremse. Nach der Unternehmenssteuerreform 1997 hat die Wirtschaft mit ihrem Steuerkonzept die Leitlinien für die zukünftige Steuerpolitik und die notwendige Rückführung der Fiskalquote gesetzt.

■ In der heiss umstrittenen Energiepolitik markierte das 3x Nein gegen neue Energieabgaben einen eigentlichen Wendepunkt, der den Unternehmen Mehrkosten in Milliardenhöhe erspar-

te. Mit der Unterstützung des CO₂-Gesetzes und dem Aufbau der Energie-Agentur will die Wirtschaft echte und nachhaltige Leistungen für Umwelt und Klima erbringen.

■ In der Aussenwirtschaftspolitik konnten Uruguay-Runde und WTO ohne Referendum über die Bühne gebracht werden. Infolge des EWR-Neins hatten die bilateralen Verträge mit der EU oberste Priorität. Nach den schwierigen Urnengängen zur LSVA und FinöV passierten sie die Hürde der Volksabstimmung mit Bravour.

■ Die deutliche Ablehnung der Genenschutz-Initiative war entscheidend für die Zukunft des Schweizer Forschungsplatzes.

■ Im sozialpolitischen Bereich wurden alle Ausbaubegehren von linker Seite in den Volksabstimmungen bachab geschickt.

■ Schliesslich konnten auch die zahlreichen Vorstösse gegen eine starke Armee und eine glaubwürdige Sicherheitspolitik der Schweiz abgewehrt werden.

Auf allen diesen nationalen Politikfeldern hat sich economie suisse (bzw. deren Vorgängerorganisationen) aktiv und mit Erfolg engagiert. Auch auf inter-

nationaler Ebene – im Präsidentenrat des europäischen Dachverbandes UNICE und als deren Vicepräsident, auf offiziellen Missionen von Bundesräten ins Ausland usw. – vertrat Leuenberger die Interessen der Schweizer Wirtschaft.

In seine Amtszeit fällt ferner der Umzug von Vorort und wf sowie des Arbeitgeberverbandes ins gemeinsame «Haus der Wirtschaft» an der Hegibachstrasse in



Andres F. Leuenberger

Zürich, womit sowohl die Infrastruktur wie die Zusammenarbeit der drei Organisationen deutlich verbessert werden konnten.

Nach zwei Amtsperioden war Andres F. Leuenberger bereit, sich 1999 nochmals für eine ausserordentliche Verlängerung seines Mandats zur Verfügung zu stellen, um die Zusammenlegung von wf und Vorort zur economie suisse zu Ende zu führen. Deren Gründung erfolgte am 15. September 2000 in Lausanne. Nachdem sich economie suisse als neuer Dachverband der Wirtschaft in Politik und Öffentlichkeit etabliert hat, tritt Andres F. Leuenberger auf Ende Jahr vom Präsidium der economie suisse zurück und übergibt den Stab an Herrn Ueli Forster.

Schwerpunktthema

Eine weitere Verschärfung der weltweit strengsten Grenzwerte bei den Mobilfunknetzen schadet der volkswirtschaftlich wichtigen Branche. Seite 2 ►

Deutliches Verdikt

Das Volk hat klar und deutlich entschieden. Ein Kommentar zu den Resultaten der eidgenössischen Abstimmungen vom 2. Dezember 2001. Seite 2 ►

WTO

An der 4. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO in Doha/Katar wurde der Startschuss für eine neue Welthandelsrunde gegeben. Seite 3 ►

Telekommunikation

Die Entbündelung der letzten Meile verzögert sich in der EU. Deshalb sollen nun Verfahren gegen die Monopolisten eingeleitet werden. Seite 3 ►

Mobilkommunikation: Auf der Suche nach einem Kompromiss

Die Mobiltelefonie hat in den letzten Jahren einen wahren Boom erlebt: Allein in der Schweiz gibt es rund 4,5 Millionen Mobilkommunikationskunden; das entspricht einer Penetrationsrate von rund 70 Prozent, europaweit eine der höchsten.

Die Gesellschaft wird geradezu sprachlos, wenn die mobile Kommunikation vorübergehend ausfällt. Die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) sind im Alltag genauso auf ein funktionierendes Mobilfunknetz angewiesen wie die Sicherheits- und Rettungsdienste. Auch die breite Bevölkerung verlässt sich zunehmend auf eine funktionierende Infrastruktur von hoher Qualität. Zudem weist die Telekommunikationsbranche jährliche Investitionen von ungefähr 4 Mrd. Schweizer Franken aus und beschäftigt mehr als 45 000 Personen. Und jetzt versucht das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) durch neue technische Vollzugsempfehlungen den modernen Wirtschaftsstandort Schweiz empfindlich zu stören.

Mit der Verordnung über Nicht-ionisierende Strahlung (NISV)

hat der Bundesrat die Grenzwerte für die Strahlung von Mobilfunkanlagen festgelegt. Die Verordnung – im Zentrum steht der Schutz von Bevölkerung und Umwelt – hat seit Inkrafttreten im Februar 2000 bei den kantonalen und kommunalen Vollzugsbehörden zu uneinheitlichen Interpretationen geführt und in der Bevölkerung statt Klarheit Verunsicherung ausgelöst. Warum? Die NISV und ihre Grenzwerte als solche wurden von den Schweizer Mobilkommunikationsbetreibern bislang akzeptiert. Das Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL) hingegen verpasste es, klare Ausführungsbestimmungen festzulegen. Das hat dazu geführt, dass bis heute der Interpretationsspielraum gross ist.

Praktikable Lösungen gesucht

Im Frühling dieses Jahres hat das BUWAL neue technische Empfehlungen für die Messung und Berechnung der Strahlung von Mobilfunkantennen vorgelegt. Mit den vorgeschlagenen Mess- und Berechnungsverfahren sollen laut BUWAL Instrumente geschaffen werden, damit die NISV in der ganzen Schweiz einheitlich vollzogen werden kann.

Die kumulierten Verordnungs- und Vollzugsbestimmungen führen nun zu einer Situation, welche die Einführung der für Gesellschaft und Wirtschaft so wichtigen Mobilfunkinfrastruktur nachhaltig behindern würde. *economiesuisse* sieht in den Vorschlägen eine unnötige Verschärfung der NISV-Grenzwerte, die bereits heute ein Vielfaches unter den Empfehlungen der Weltgesundheitsorganisation (WHO) liegen. Die Mobilfunkbetreiber haben darauf mit einem Gegenvorschlag reagiert, bei dem der Schutz der Schweizer Bevölkerung vor übermässiger und belästigender Strahlung gewährleistet und ein zentraler Punkt ist, gleichzeitig aber darauf geachtet wird, dass die Mobiltelefonie in der Schweiz nicht zu Ungunsten der Handybenützer erschwert wird. Im Interesse aller Beteiligten müssen jetzt praktikable Lösungen gefunden werden, die Rechtssicherheit bringen, einfach im Vollzug sind und durch gemeinsamen Nutzen von Antennenstandorten (Site Sharing) weitere Antennenwälder in Ballungsgebieten verhindern.

 www.sicta.ch

 rene.buholzer@economiesuisse.ch

Sondersession und Auftakt der Wintersession

In der ausserordentlichen Session der eidgenössischen Räte vom 16./17. November haben beide Räte jeweils mit klarem Mehr nachträglich die vom Bundesrat beschlossenen **Kredite zur Finanzierung eines Redimensionierungskonzeptes für die nationale Zivilluftfahrt** von insgesamt gut 2 Mrd. Franken gutgeheissen. Es handelt sich um Verpflichtungskredite von 1,05 Mrd. Franken zur Aufrechterhaltung eines reduzierten Flugbetriebes sowie um Zahlungskredite für die Beteiligung an der neuen Fluggesellschaft von 600 Mio. Franken.

Am 26. November hat die Wintersession begonnen. Der Stän-

derat hat als Erstrat die **Revision des Krankenversicherungsgesetzes** verabschiedet und dabei im Nachgang zu den Beschlüssen der vergangenen Herbstsession die Modalitäten zum Wegfall des Kontrahierungszwanges festgelegt: Leistungserbringer und Versicherer sollen sich gemeinsam auf Indikatoren einigen, welche die Wirtschaftlichkeit und Qualität eines Leistungserbringers evaluieren. Im Streitfall soll ein Schiedsgericht entscheiden.

Der Nationalrat will die Anspruchsberechtigung gemäss Erwerbsersatzordnung (EO) im Sinne der **Mutterschaftsversicherung** auf alle erwerbstätigen

Mütter ausdehnen. Die Erwerbsersatzentschädigung soll während 14 Wochen ausbezahlt werden und 80 Prozent des Lohnes betragen. Eine entsprechende parlamentarische Initiative für eine EO-Revision hat die Grosse Kammer deutlich angenommen.

Eher schicksalsergeben genehmigte der Ständerat das Budget 2002, das statt des geplanten geringen Überschusses effektiv mit einem Defizit von einer halben Mrd. Franken rechnet. Das für dieses Jahr erwartete **Bundesdefizit** von rund 2 Mrd. Franken macht deutlich, wie dünn der Faden ist, an dem eine dauerhafte Sanierung der Bundesfinanzen hängt.

Volk spricht Klartext

Volk und Stände haben den finanzpolitischen Weg der Schweiz am 2. Dezember mit unmissverständlicher Deutlichkeit vorgezeichnet. Neuen Steuern wurde eine überaus deutliche Absage erteilt und der Defizitwirtschaft mit der Schuldenbremse der Kampf angesagt. Das Abstimmungsresultat ist ein klares Votum gegen neue Belastungen von Klein- und Mittelbetrieben (KMU) und zudem ein Bekenntnis zu einem starken Finanzplatz Schweiz. Für Volk und Stände gibt es keinen Grund, warum unser Land bestehende steuerliche Vorteile leichtfertig preisgeben sollte.

Aus Sicht der Wirtschaft müssen jedoch Steuernachteile für Unternehmen, wie die wirtschaftliche Doppelbelastung, im Rahmen einer Unternehmenssteuerreform kompensationslos abgebaut werden. Um die stetig gestiegene Steuerbelastung in den 90er Jahren wieder auf ein gesundes Mass zurückzuführen, genügt die Schuldenbremse allein nicht. Dazu müssen die Aufgaben des Bundes einer genauen Prüfung unterzogen werden. Nur so ist es möglich, die staatlichen Ausgaben zu stabilisieren und die Fiskalquote zurückzufahren.

economiesuisse hat die Abstimmungskampagnen gegen die neuen Steuern auf Kapitalgewinnen und auf Energie sowie für die Schuldenbremse in enger Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Bundesratsparteien koordiniert. Insbesondere bei der Kapitalgewinnsteuer konnte im Verlauf der Meinungsbildung ein eigentlicher Turnaround erreicht werden. Dies geschah mit einer ausserordentlichen zielgruppenorientierten, sehr stark regionalisierten Abstimmungskampagne.

Die Abstimmungsergebnisse

Initiative für eine Kapitalgewinnsteuer	66% NEIN
Schuldenbremse	85% JA
Initiative AHV-Energie-Arbeit	77% NEIN
Initiative für eine Schweiz ohne Armee	78% NEIN
Friedensdienstinitiative	77% NEIN

Ergebnisse der letzten WTO-Ministerkonferenz

An der 4. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation WTO in Doha/Katar wurde der Startschuss für eine neue Welthandelsrunde gegeben und China und Taiwan als neue Mitglieder aufgenommen. Die WTO zählt über 140 Mitglieder.

Nach dem Scheitern von «Seattle» wurde an der 4. WTO-Ministerkonferenz, die vom 9. bis 14. November 2001 stattfand, der Startschuss für eine neue Welthandelsrunde gegeben. Damit kommt Dynamik in den Verhandlungsprozess, der sich nur noch auf die Dossiers Landwirtschaft und Dienstleistungen beschränkte. Dies ist nicht zuletzt auch psychologisch ein positives Signal für die Weltwirtschaft und für die Schweizer Wirtschaft. Das von den Ministern verabschiedete Arbeitsprogramm enthält konkrete Vorgaben über den Ort, das Ziel und den Zeitrahmen dieser neuen Verhandlungen. Bei den Themen stehen insbesondere jene im Vordergrund, welche den Marktzugang betreffen, d.h. Zollabbau und Abbau nicht tarifärer Handelshemmnisse, Abbau von Subventionen und Exportsubventionen in der Landwirtschaft, Verbesserungen im Dienstleistungsbereich, Verhandlungen über ei-

ne bessere Kontrolle der Subventionen und Anti-Dumping-Massnahmen, weiterer Ausbau der Streitschlichtung. Positiv ist zudem, dass das TRIPS-Abkommen (Geistiges Eigentum) nicht zurückgestutzt wurde und dass trotz entsprechender Vorstösse von Industriestaaten die Themen Umwelt und Sozialstandards wenn überhaupt nur in abgeschwächter Form aufgenommen wurden.

Schlechte Nachrichten

economiesuisse hätte ein noch entschlosseneres Vorgehen der Mitgliedstaaten beim Abbau der Marktzugangsschranken erwartet. Ausserdem hätte economiesuisse es begrüsst, wenn unmittelbar nach Abschluss der Ministerkonferenz von Katar Verhandlungen in den Bereichen Direktinvestitionen und Trade Facilitation (Zollverfahren) aufgenommen worden wären. Diese beiden Themen sind nun aufgeschoben. Zahlreiche Entwicklungsländer tun sich, wohl aus ideologischen Gründen, mit einem multilateralen Regelwerke im Bereich der Direktinvestitionen immer noch schwer.

Bilanz

Zieht man Bilanz, so kann aus Sicht von economiesuisse fest-

gehalten werden, dass unsere Anliegen zu einem erheblichen Teil durchgebracht wurden. Allerdings wird sich weisen, ob der anlaufende Verhandlungsprozess wirklich die entsprechenden Ergebnisse zeitigen wird.

Rolle von economiesuisse

In den zuständigen Kommissionen und Arbeitsgruppen von economiesuisse haben wir unsere Position in Zusammenarbeit mit unseren Mitgliedern weiter verfeinert und sie Behörden und Öffentlichkeit kommuniziert. An einer Medienkonferenz im Vorfeld zu Katar haben Ueli Forster, Andreas W. Keller und Rudolf Ramsauer unsere Anliegen vorgetragen. Während den Verhandlungen in Katar war economiesuisse durch Gregor Kündig vertreten, die chemische Industrie durch einen Vertreter der SGCI. economiesuisse wird den künftigen Verhandlungsprozess aktiv mitverfolgen und, wo nötig, auch die Querkontakte zu den schweizerischen Nichtregierungsorganisationen (NGO) pflegen.

Einen ausführlichen Bericht zu den Ergebnissen der 4. WTO-Ministerkonferenz und über die Positionen von economiesuisse finden Sie auf unserer Website.

 www.economiesuisse.ch

Schlag für Forschungsstandort Schweiz

Der Entscheid des Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landschaft (BUWAL), das Gesuch der ETH Zürich für einen Freisetzungsversuch mit gentechnisch verändertem Weizen abzulehnen, ist unverstänlich und unverantwortlich. Unverstänlich ist es, wie ein Amt ohne Konsultation mit anderen Verwaltungsstellen der Bundesverwaltung einen Entscheid von derartiger Tragweite fällen kann. Das BUWAL hat sich offensichtlich einen Kriterienraster zugrunde gelegt, in dem nur die Risiken, nicht jedoch die Chancen dieses Forschungsprojektes berücksichtigt werden.

Es spricht Bände, wenn die zuständigen Verantwortlichen für die Forschungspolitik des Bundes eine Stunde vor der Pressekonferenz über die Ablehnung des Gesuchs in Kenntnis gesetzt werden. Unverantwortlich ist der Entscheid, weil man sich über die negativen Signale, die damit für die Zukunft des Forschungs- und Wirtschaftsplatzes Schweiz ausgesendet werden, überhaupt keine Gedanken gemacht hat. Daran ändert auch die Tatsache nichts, dass gegen diesen Entscheid rekurriert werden kann.

Wirtschaftsbericht von economiesuisse

Gemäss dem Anfang Dezember 2001 erschienenen Bericht werden sich die Anstösse der Geld- und Finanzpolitik weltweit positiv auswirken und im nächsten Jahr zu einer Ankurbelung der Schweizer Konjunktur führen. Für 2002 erwartet economiesuisse ein Wachstum von 1 bis 1,5 Prozent.

Für economiesuisse ist eine rahmen- und stabilitätsorientierte Wirtschaftspolitik am besten geeignet, Risiken zu senken und bei den Wirtschaftssubjekten wieder Zukunftsvertrauen zu schaffen. Der ausführliche Wirtschaftsbericht ist auf der Homepage von economiesuisse zu finden.

 www.economiesuisse.ch

EU: Liberalisierung der Telekommunikationsmärkte

Gemäss dem 7. Zustandsbericht der Europäischen Kommission über die Liberalisierung des Telekommunikationsmarktes floriert zwar die Branche. Die Entbündelung verzögert sich aber weiter.

Kernproblem ist jedoch laut dem zuständigen EU-Kommissar Liikanen die Entbündelung der «letzten Meile». Die am 18. Dezember 2000 verabschiedete Verordnung über den entbündelten Teilnehmeranschluss harrt immer noch der Umsetzung ins jeweilige nationale Recht der EU-Mitgliedstaaten. Mitte dieses Jahres hatten laut

EU-Kommission immerhin bereits 36 Prozent aller Haushalte in der EU Zugang zum Internet. Die Anzahl der Vereinbarungen zur Entbündelung ist von Land zu Land sehr unterschiedlich. Innerhalb der gesamten EU seien bisher lediglich etwa 640 000 Anschlussleitungen entbündelt worden. Einen gemeinsamen Zugang zum Teilnehmeranschluss gebe es nur in vier Mitgliedstaaten und die Zahl der entsprechenden Leitungen beschränke sich bis heute auf ein paar Hundert.

Klagen in Vorbereitung

Mit der Verzögerung der Entbündelung der «letzten Meile»

wird verhindert, dass Unternehmen und Privatpersonen unter verschiedenen Anbietern von Internet-Leitungen auswählen können. Gemeinsam mit EU-Wettbewerbskommissar Monti wird Liikanen deshalb am 20. Dezember vorschlagen, Verfahren gegen die einstigen Monopolisten einzuleiten. Bisher erlaubten lediglich die ehemaligen Monopolisten in Belgien, Dänemark, Finnland und Schweden neuen Anbietern einen fairen Zugang zu den Breitbanddiensten.

 www.europa.eu.int/information_society/topics/telecoms/implementation/annual_report/7report/index_en.htm

Internet nur für spezifische Informationen

Thomas Isler ist Vizepräsident und Delegierter des Verwaltungsrates der Gessner AG, Wädenswil, und politisiert im Zürcher Kantonsrat. Selbstverständlich sind auch in seinem Traditionsbetrieb Internet und E-Mail nicht wegzudenken. Der Chef benutzt die neuen Kommunikationsmittel via Sekretariat aber natürlich auch selber, je nach Zweckmässigkeit. Allerdings benutzt er das Internet nur wenig und vor allem nicht regelmässig. Es fehlt schlicht die Zeit, sich end- und ziellos im Internet zu verweilen. Das Internet dient dem viel beschäftigten Unternehmer und Politiker Isler pri-



Thomas Isler, VR-Vizepräsident und VR-Delegierter Gessner AG, Mitglied Vorstand economiesuisse

konsequent ebenfalls mit einem Mail. Sonst kommuniziert er bevorzugt via Telefon, Fax oder Briefpost. Die neuen Kommunikationsmittel seien zwar schnell und sicher, aber das Gespräch gehe verloren, bedauert auch Thomas Isler. Der altbewährte Brief sei eben doch persönlicher, aber gerade in der heutigen Zeit etwas zu langsam und auch nicht gerade günstig.

www.economiesuisse.ch
www.sbb.ch
www.fdp.ch

mär dazu, rasch spezifische Informationen zu liefern. Es gibt deshalb nur einige wenige Internetseiten, die er häufig oder regelmässig benutzt. Mails beantwortet Isler jeweils

Impressum

Herausgeber:
economiesuisse, Verband der Schweizer Unternehmen

Verantwortliche Redaktion:
Regina Hunziker-Blum

Adresse:
Hegibachstrasse 47, Postfach, 8032 Zürich
Telefon 01/421 35 35, Fax 01/421 34 34

E-Mail: regina.hunziker@economiesuisse.ch
Web: www.economiesuisse.ch
Adressänderungen: marianne.baer@economiesuisse.ch

Erscheinungsweise: monatlich

Gestaltung: Layout 88 GmbH, 8008 Zürich

Druck: Druckerei Kocherhans AG, 8008 Zürich

Dokumentation

- Initiative «Für eine kürzere Arbeitszeit»**
(36-Stunden-Woche), Argumentarium. Gratis.
- «Beitritt der Schweiz zur UNO»**
Broschüre, Argumentarium. Gratis.
- «Wirtschaftspolitik in der Schweiz 2001»**
Perspektiven und Schwerpunkte der Schweizer Wirtschaftspolitik für Opinion-Leader, Medien und Wirtschaftsvertreter. Gratis.
- «Facts der Wirtschaft»**
Abstimmungs-Magazin für Opinion-Leader, Medien, Wirtschaftsvertreter und Öffentlichkeit. Abonnement, 4–5 Mal jährlich. Gratis.
- «E-Mail-Service»**
Aktuelle Meldungen von economiesuisse.ch wöchentlich direkt auf Ihrem PC. Bitte E-Mail-Adresse angeben.
- «Europa – Optionen und Hausaufgaben»**
Broschüre, 48 Seiten. Gratis.
- «Steuerkonzept»**
Vorschläge der Wirtschaft zur Neugestaltung der Finanzordnung. Broschüre, 32 Seiten, Fr. 10.–.
- «Dossier Politik, Pressedienst»**
Für Medienvertreter, Politiker und politisch Interessierte. Erscheint wöchentlich. Gratis.
- «Newsletter»**
Für Führungskräfte und Kader aus Wirtschaft, Medien und Politik. Erscheint monatlich, Abonnement. Gratis.
- Portrait economiesuisse**
Arbeitsgebiete, Dienstleistungen, Ziele sowie Organisation des Verbandes. Gratis.

Talon bitte ausgefüllt faxen an: 01 / 421 34 34

Bestellung Adressänderung

Name, Vorname _____

Funktion _____

Firma _____

Strasse _____

PLZ/Ort _____

E-Mail _____

Vernehmlassungen

12. Dezember 2001

Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die Kontrolle der technischen Sicherheit (BGTS) / Schaffung einer Sicherheitsagentur

Kontakt: gregor.kuendig@economiesuisse.ch

15. Dezember 2001

Vernehmlassungsverfahren über die Vorentwürfe zu einer Schweizerischen Strafprozessordnung und einem Schweizerischen Jugendstrafverfahren

Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

15. Dezember 2001

Neuer Hochschulartikel in der Bundesverfassung

Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

15. Dezember 2001

Doppelbesteuerungsabkommen mit Armenien, Estland, Lettland und Litauen

Kontakt: pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

Ende 2001

Weiterentwicklung der Agrarpolitik (Agrarpolitik 2007): Vernehmlassungsverfahren

Kontakt: rudolf.walser@economiesuisse.ch

8. Januar 2002

Die neue Finanzordnung

Kontakt: pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

10. Januar 2002

Vernehmlassung zum Vorentwurf für ein Bundesgesetz über die Landessprachen und die Verständigung zwischen den Sprachgemeinschaften (Sprachengesetz, SpG)

Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

31. Januar 2002

Neuer Lohnausweis 2003

Kontakt: pascal.gentinetta@economiesuisse.ch

10. Februar 2002

Bundesgesetz über die registrierte Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare; Vernehmlassungsverfahren

Kontakt: thomas.pletscher@economiesuisse.ch

 Mitglieder, die sich an einer Vernehmlassung beteiligen möchten, können die Unterlagen bei [economiesuisse](http://economiesuisse.ch) anfordern.